

Was uns das Schweigen kostet – Teil 15

Kapitel 6: Gerichtliche Tyrannei – Teil 2

Ein legales Recht zum Töten?

Im Jahr 1973 wurde eine der schrecklichsten Regelungen verabschiedet, als die Abtreibung legalisiert wurde. Dies geschah im Rahmen des Gerichtsfalls Roe_v._Wade. Die meisten von uns glauben, dass es bei der Abtreibung um das Leben oder den Tod eines menschlichen Babys im Mutterleib geht und nicht bloß um einen Klumpen oder eine Masse von Gewebe oder um das Recht einer Frau auf Privatsphäre. Gottes Wort und Sein Gesetz übertrumpfen jedes menschliche Wort und Gesetz – allezeit und in jeder erdenklichen Situation.

Wenn wir die Sache aus der verfassungsrechtlichen Perspektive betrachten, müssen wir die moralischen Argumente einmal für einen Moment beiseite legen, weil es bei dieser Sache um staatliche Rechte geht. Mord verstößt gegen Gottes Gesetz, und Abtreibung ist ein von Menschen gemachtes Gesetz. Laut Bibel ist Abtreibung eine Sünde, und in Amerika war sie bis dahin illegal. Nun wollen wir uns anschauen, wie geistlich ignorante Menschen Gottes Gesetze aufheben.

Die American_Civil_Liberties_Union (ACLU = Amerikanische Bürgerrechtsunion) hatte eine Agenda und verteidigte die Klägerin Norma_McCorvey, um eine Abtreibung auf Verlangen durchzusetzen. ACLU drängte sie dazu, eine eidesstattliche Erklärung zu unterschreiben, und da sie zu dieser Zeit Alkohol- und Drogenprobleme hatte und an Depressionen litt, war sie genau die Person, die ACLU brauchte, um ihre Agenda durchzusetzen. Hier war eine Frau, die mit schlimmen Lebensumständen zu kämpfen hatte. Diese Person konnte die ACLU dazu benutzen, um dem Gericht die Notwendigkeit für Frauen zu verkaufen, dass sie ihre Babys vor der Geburt töten können, wenn sie denken, dass ihre Lebensumstände nicht optimal sind.

Was allgemein über diese Geschichte nicht bekannt ist, ist die Tatsache, dass Norma dann im Jahr 1995 dem HERRN ihr Leben übergeben hat. Sie hat zugegeben, dass man sie benutzt hatte. Sie war von feministischen Rechtsanwältinnen (wie Sarah Weddington) zum Lügen überredet worden. Sie sollte sagen, dass sie vergewaltigt worden wäre und eine Abtreibung bräuchte. Ihr Buch „Won By Life“ (Durch Liebe gewonnen) und ihre Pro-Leben-Bemühungen in jüngster Zeit klärten alles auf, wobei die Wahrheit über den Fall „Roe v.Wade“ ans Licht kam.

Wir erinnern uns, dass staatliche Machtbefugnisse nicht durch

bundesstaatliche Regierungen beeinträchtigt werden dürfen. Im 10. Zusatzartikel der amerikanischen Verfassung heißt es:

„Die Machtbefugnisse, die von der Verfassung weder den Vereinigten Staaten übertragen noch den Einzelstaaten entzogen werden, bleiben den Einzelstaaten oder dem Volke vorbehalten.“

Bis zum Jahr 1973 hatten nur 4 Bundesstaaten die Abtreibung legalisiert, während diese von 46 abgelehnt wurde. Doch der oberste Gerichtshof beschloss, ganz Amerika ein unerwünschtes Gesetz aufzuzwingen. Dieses spaltet heute immer noch amerikanische Familien und politische Parteien.

Wenn Prostitution lediglich in Las Vegas legal ist und in jedem anderen Bundesstaat ungesetzlich, sollte der oberste Gerichtshof wegen diesem einzigen Fall dann auch die Prostitution in allen 50 Bundesstaaten legalisieren? Ist das die Denkweise des obersten Gerichts? Atheisten und anti-christliche Organisationen, wie Freedom_From_Religion_Foundation (Befreiung vom religiösen Fundament) und die ACLU arbeiten an solch einem System. Sie wollen das oberste Gericht zu Beschlüssen zwingen, indem sie Prozesse einleiten, die ein Statut der Verfassung verletzen. Ihr einziges Ziel ist es, ihre progressive politische Agenda umzusetzen.

Aktivisten und Radikale haben dadurch bevorzugte Bestimmungen erreicht, indem sie machthungrigen Richtern entsprechende Fälle präsentiert haben. Ein unkontrollierbarer richterlicher Zweig hat die Bühne bereitet für eine exekutive Diktatur in einem Land, in dem man das niemals für möglich gehalten hätte. Dazu muss man wissen, dass die Republikaner zu wenig getan haben, um dies zu verhindern. Und sie scheinen inzwischen zu wenig Macht zu haben, um diese liberale Lokomotive zu stoppen, die zu einer gottlosen Eine-Partei-Herrschaft in Amerika führt. Und die Demokraten beschweren sich auch nicht. Wenn allgemeine Begnadigung gewährt wird, dann könnte es sehr schnell mit dem Machtgleichgewicht vorbei sein.

Konservative versuchen, gegen diese Korruption anzukämpfen. Aber da viele ihrer Stimmen nicht laut genug sind und die Medien typischerweise gegen ihre Anliegen sind, wird den Konservativen kaum Beachtung geschenkt.

Im Folgenden werden weitere Fälle in chronologischer Reihenfolge aufgeführt:

1980

Im Fall „Stone v. Graham“ entschied das oberste Gericht, dass die Aufstellung der 10 Gebote in staatlichen Schulen verfassungswidrig ist. Die Unterstützung der 10 Gebote wurde nicht mehr als „statthafter Zweck“ des Bildungssystems angesehen, was bedeutet, dass den Schülern nicht mehr

die Lehren der 10 Gebote vermittelt werden darf, damit sie diese nicht mehr beachten sollen. Ironischerweise sind die 10 Gebote auf dem Gebäude des obersten Gerichtshof und auf dessen Holztüren eingraviert.

1984/1985

Der oberste Gerichtshof entschied, dass es in den Schulen in Alabama nicht mehr erlaubt ist, dass Lehrer den Schülern vor jedem Schultag eine Minute zum freiwilligen Meditieren oder stillen Beten gewähren. Im Fall „Wallace v. Jaffree“ verklagte Ishmael Jaffree, Familienvater und Mitglied der American_Humanist_Association (AHA = Vereinigung zur Förderung des Humanismus) den Schulbezirk wegen seiner Kinder. Er argumentierte, dass die Erlaubnis zum stillen Gebet eine Diskriminierung gegen seine islamische Religion wäre.

1992

Der oberste Gerichtshof verbot ein von Klerikern geleitetes Gebet bei Graduierungsfeiern. Im Fall „Lee v. Weisman“ verklagte Daniel Weisman eine Realschule in Providence, Rhode Island, weil ein jüdischer Rabbiner die Schul-Graduierungsfeier mit einem Gebet, in dem Gott angerufen wurde, eröffnet und abgeschlossen hatte. Offensichtlich ist eine Handlung, zu der sich eine Person „psychologisch gezwungen sieht“ verfassungswidrig.

2000

Das oberste Gericht verurteilte eine Polizeibehörde, die es erlaubt hatte, dass ein von Studenten angeregtes und durchgeführtes Gebet bei einem Hochschul-Fußballspiel durchgeführt wurde, mit der Begründung, dass dies ein Verstoß gegen die Errichtungsklausel gewesen wäre. Dadurch wurde das Verbot aus dem Fall „Lee v. Weisman“ weiter ausgedehnt.

2002

Die Bedenken des obersten Richters des obersten Gerichtshofs von Alabama, Roy Moore, wegen der moralischen Basis der Gesetze in Amerika wurden ausgemerzt. Er hatte ein 10-Gebote-Monument im Alabama-Gerichtsgebäude aufstellen lassen. Wir erinnern uns an die nationale Debatte, die erfolgte, als Richter Moore sich vor einem bundesstaatlichen Gericht verantworten musste, weil er glaubt, dass Staatsbeamte das Recht haben, einen allmächtigen Gott anzuerkennen. Bei dem Fall „Glassroth v. Moore“ ging es um die Autorität der Verfassung, und offensichtlich war Richter Moore zu weit gegangen, weil er Gott über den Menschen und die Regierung gestellt hatte.

Ironischerweise wurde die Verhandlung mit Worten eröffnet, welche den Gott

anerkannten, Dessen Gesetze in Frage gestellt wurden. Die Worte lauteten: „Gott schütze die Vereinigten Staaten und dieses ehrenwerte Gericht.“ Der Verteidiger von Richter Roy Moore, Herb Titus, erklärte bei seinem Eröffnungsplädoyer, dass es bei diesem Fall sowohl um Religionsfreiheit als auch um Zensur ging. Er sagte, dass in Amerika eine von der ACLU unterstützten Bewegung im Gange wäre, um „die Errichtungsklausel als Schwert zu missbrauchen“ und die öffentliche Anerkennung Gottes durch ausgesuchte Regierungsbeamte zu verbieten. Sie wollen Gott im öffentlichen Bereich zensieren. Titus sagte:

„Die öffentliche Anerkennung Gottes als die Quelle unserer Freiheiten ist wesentlich, wenn wir diese Freiheiten bewahren wollen. Wie die Unabhängigkeitserklärung bescheinigt, wird der allmächtige Staat von keiner höheren Macht kontrolliert, wenn die Quelle der Rechte des Einzelnen nicht Gott ist und wenn man Gott aus der Gleichung nimmt.“

Von „CNN“, „USA Today“ und „Gallup“ durchgeführte Umfragen haben ergeben, dass 77 % der Amerikaner gegen die Verordnung des Bundesgerichts war, das 10-Gebote-Monument zu entfernen. Richter Mylon Thompson wollte sich keiner höheren Autorität unterstellen, und es gefiel ihm, sich Gott zu widersetzen, als er die Errichtung dieses Monuments für verfassungswidrig erklärte. Er sagte:

„Das Gericht stimmt dem nicht zu, dass – als eine Sache des amerikanischen Gesetzes – der jüdisch-christliche Gott als souverän über den Staat anerkannt werden muss. Während der oberste Richter die Freiheit hat, jede religiöse Glaubensüberzeugung zu haben, wie es ihm gefällt, darf der Staat nicht die Souveränität des jüdisch-christlichen Gottes anerkennen und unsere Religionsfreiheit ihm zuschreiben.“

Heute haben viele Menschen den falschen Glauben oder sind irrtümlicherweise der Meinung, dass ein bundesstaatlicher Richter oder der oberste Gerichtshof die ultimative Macht oder Autorität besäße und der Gebieter wäre. Man meint, dass erst dann etwas verfassungskonform wäre oder nicht, wenn es eine gerichtliche Entscheidung dazu gäbe. Und was ist mit der Macht des Volkes passiert? Bei jedem dieser großen Fälle aus der Vergangenheit, welche Auswirkungen auf Millionen Amerikaner hatten, wurde über keinen einzigen durch eine große Abstimmung entschieden oder durch den Willen des Volkes. Die Urteile fällte eine kleine Gruppe von nicht gewählten Richtern.

Im Gegensatz zu den Glaubensüberzeugungen der von Obama ernannten Richter, erlässt die Richterin des obersten Gerichts, Sonia Sotomayer keine Gesetze. In seinem Buch „Judical TYRANNY – The new kings of America?“ (Richterliche Tyrannei – Die neuen Könige von Amerika?“ trägt

William Federer dazu bei, die massive Anstrengung des gesetzgebenden Prozesses hervorzuheben, wobei es um folgende Dinge geht:

- Registrierung von Wählern
- Förderung politischer Kampagnen
- Debatten zu Gesetzen
- Verabschiedung von Gesetzen
- Maßgebliche Abstimmungen über Gesetze
- Umgang mit Vetos

usw. Er schreibt:

„Das ist ein sinnloses Unterfangen, wenn nur wenige nicht gewählte Richter versuchen, den ganzen Prozess entkräften.“

Wir haben gesehen, dass immer mehr Richter dazu ermutigt wurden, die Ehe-Gesetze niederzuschlagen, trotz der Tatsache, dass die meisten Bürger in den Bundesstaaten in Amerika zu den Umfragen gegangen sind und für das intensive Festhalten an den Glaubensüberzeugungen gestimmt haben, dass die Ehe sich durch den Bund zwischen einem Mann und einer Frau definiert. Zumindest hatten sich 31 Bundesstaaten gegen den Partial-Birth_Abortion_Ban_Act ausgesprochen. Aber sie wurden von den bundesstaatlichen Richtern ausgebootet.

Gegen die Mehrheit des Volkes haben die bundesstaatlichen Richter jeden einzelnen der folgenden Fälle überstimmt:

- Die Bürger von Colorado stimmten im Jahr 1992 NICHT dafür, Homosexuellen Sonderrechte einzuräumen.
- Die Bundesstaaten Arkansas und Washington stimmten im Jahr 1995 für eine zeitliche Begrenzung der Amtszeit von Politikern.
- Die Bürger des Bundesstaates Kalifornien stimmten im Jahr 1995 dafür, dass die Steuergelder nicht für illegale Ausländer ausgegeben werden.
- Am 5. September 1995 versammelten sich 15 000 Bürger vor dem Missouri-Staatskapitol, um das Verbot der Teilgeburtsabtreibung zu unterstützen, gegen das der demokratische Gouverneur Mel Carahan sein Veto eingelegt hatte. Doch die richterliche Gewalt überstimmt den Einspruch des Volkes. Der bundesstaatliche Bezirksrichter Scott Wright verabschiedete das Gesetz einen Tag später, als Planned Parenthood einen Rechtsbehelf einlegte.
- Im Jahr 1996 stimmten die Bürger von New York und Washington gegen die ärztliche Hilfe bei Selbstmorden.
- Im Jahr 2000 verabschiedete der Bundesstaat das Gesetz „Das Recht der Frau informiert zu werden“, wobei gefordert wurde, dass eine Frau nach

einer Beratung 24 Stunden warten soll, bevor sie eine Abtreibung durchführen lässt.

- Am 5. November 2003 wurde das Gesetz zur Teilgeburtsabtreibung nach jahrelangen schrittweisen Bemühungen, es zu verbieten, schließlich vom Kongress gebilligt und von Präsident George W. Bush unterzeichnet. Der bundesstaatliche Richter Richard Kopf erließ das Gesetz eine Stunde später.
- Im Jahr 2005 stimmten die Bürger von Nebraska mit 75 % für die traditionelle Ehe, doch der Bezirksrichter Joseph Batallion (eingesetzt von Präsident Clinton) überstimmte das Volk.

Als Reaktion auf den Beschluss des obersten Gerichtshofs, das 10-Gebote-Monument zu entfernen, hielt Botschafter Dr. Alan Keyes eine Rede in Montgomery/Alabama, in welcher er leidenschaftlich erklärte, was freie Religionsausübung bedeutet. Und er fügte hinzu:

„Wir haben das Recht, nach dem Wort Gottes zu leben und zwar in:

- Unseren Familien
- Unseren Schulen
- Unseren Gemeinden
- Unseren Regierungen
- Unseren Bundesstaaten“

Er betonte die Tatsache, dass es die meiste Zeit in Amerikas Geschichte nicht dazu gekommen ist, dass Richter etwas Anderes behauptet haben. Er sagte:

„Generationen haben die Heilige Schrift als das Fundament unseres Lebens und unserer Freiheiten anerkannt. Unsere Gründungsväter glaubten, dass die Menschen in ihren jeweiligen Bundesstaaten das Recht haben, ihren Glauben zu leben und zwar unter Institutionen, die zur eigenständigen Regierung eingesetzt werden. Wenn Menschen glauben, dass die Verfassung durch einen Richter verletzt wird, dann sollen sie sich das nicht gefallen lassen.

Außerdem stützt die Unabhängigkeitserklärung die Vorstellung der Gründerväter, die sagten:

'Wenn es eine lange Folge von Verfassungsmisbräuchen gibt, die unsere Rechte zunichte machen, dann ist es nicht nur unser Recht, sondern unsere Pflicht, etwas dagegen zu unternehmen.'

Gegen Gottes Willen zwingen die Richter uns ihren Willen auf.“

Doch am Schluss seiner Rede kam Dr. Keyes auf den Punkt, indem er sagte:

„Wir können keine echte, verantwortliche Selbstregierung mit richterlicher Macht, Polizei oder Militär erreichen. Die 10 Gebote dürfen nicht einfach nur ein Moral-Symbol sein; sie müssen wieder in unseren Herzen geehrt werden. Wenn das Wort Gottes in unsere Herzen eingeschrieben ist, dann wird die Moral in unseren Gemeinden auf die Weise beeinflusst werden, wie unsere Gründerväter es sich das vorgestellt hatten. Es sind die Herzen von solchen Menschen, die für eine andauernde Freiheit sorgen.“

Das Volk hat mehr zu sagen, als uns bewusst ist. Aber wir müssen uns in der Hoffnung der geistlichen Erneuerung und moralischen Umkehr vereinen. Auf diese Weise können wir

- Unser Bewusstsein erhöhen
- Mit Freunden sprechen,
- Beiträge ins Internet stellen
- Die sozialen Netzwerke dafür nutzen
- Lokalen Freiwilligendienst leisten

In diesem Sinnen können wir sowohl in der Politik als auch in der Gemeinde aktiv werden. Wir dürfen einfach nicht aufgeben! Glaubst Du vielleicht, dass Bewegungen, wie die von den Linken oder der ACLU, jemals ihre anti-christliche Agenda aufgeben werden?

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim [http://endzeit-reporter.org/projekt/!](http://endzeit-reporter.org/projekt/)*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)